

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 90. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 11. Februar 2004

#### Tagesordnungspunkt 2:

##### Fragestunde

(Drucksache 15/2460) .....

7970 C

#### **Streichung des Staatsziels „gleiche Lebensverhältnisse“ aus dem Grundgesetz**

MdIANfr 6 **Petra Pau** fraktionslos

Antw PStSchr Alfred Hartenbach BMJ ....

7975 B

ZusFr Petra Pau fraktionslos .....

7975 C

ZusFr Dr. Gesine Löttsch fraktionslos ...

7975 D

#### **Vizepräsident Dr. Norbert Lammert: (...)**

Damit kommen wir zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz. Ich rufe die Frage 6 der Kollegin Petra Pau auf:

Wie bewertet die Bundesregierung inhaltlich die Forderung, das Staatsziel „gleiche Lebensverhältnisse“ aus dem Grundgesetz zu streichen, wie dies etwa – vergleiche den „Spiegel“ vom 2. Februar 2004 – der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück, gefordert hat?

Die Frage wird vom Parlamentarischen Staatssekretär Alfred Hartenbach beantwortet.

#### **Alfred Hartenbach, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz:**

Verehrte Frau Kollegin Pau, da uns die Forderung von Ministerpräsident Steinbrück nur aus dem „Spiegel“-Artikel vom 2. Februar dieses Jahres, auf den Sie sich beziehen, bekannt ist, darf ich Ihnen folgende Antwort geben: Entsprechend der ständigen Praxis dieser Bundesregierung bei der Beantwortung parlamentarischer Anfragen nehmen wir zu Pressemeldungen keine Stellung.

#### **Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Zusatzfrage, Frau Pau?

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Wie Sie richtig erkannt haben, habe ich mich auf eine „Spiegel“-Meldung bezogen. Ich habe aber absichtsvoll das Wörtchen „inhaltlich“ im Sinne von Bewertung in meine Frage eingefügt; denn jenseits

der Frage, ob das im „Spiegel“ stand, sind in der Vergangenheit bereits mehrere Ministerpräsidenten mit der Forderung, dieses Staatsziel aus dem Grundgesetz zu streichen, zitiert worden. Insofern wünsche ich eine Auskunft, wie die Bundesregierung zu dieser Forderung der Streichung des Staatsziels steht.

**Alfred Hartenbach, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz:**

Die Bundesregierung hat bei der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung immer das Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Solidarität zu berücksichtigen. Die Bundesregierung hält allerdings an einem solidarischen Föderalismus fest, insbesondere im Interesse der neuen Bundesländer.

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Weitere Zusatzfrage.

**Petra Pau (fraktionslos):**

Darf ich Ihre Antwort so verstehen, dass die Bundesregierung auch in der gerade geschaffenen Kommission zur Neuordnung des Föderalismus in der Bundesrepublik entsprechend agiert und Initiativen zur Einführung eines verstärkten Wettbewerbsföderalismus, die aus den so genannten starken Bundesländern kommen, zurückweist?

**Alfred Hartenbach, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz:**

Sie dürfen meine Worte gerne interpretieren. Die Bundesregierung wird – das ist ihre Position in der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung – alle Bemühungen sowie alle vorgebrachten Äußerungen und Vorschläge von Interesse immer in dem von mir soeben genannten Spannungsfeld betrachten und unter Beachtung dieses solidarischen Föderalismus beurteilen.

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Weitere Zusatzfrage von Frau Löttsch.

**Dr. Gesine Löttsch (fraktionslos):**

Herr Staatssekretär, würden Sie mir bitte den Unterschied zwischen solidarischem Föderalismus und dem in der Verfassung verankerten Staatsziel, gleiche Lebensverhältnisse herzustellen, erklären. Sehen Sie da einen Unterschied oder ist es für Sie deckungsgleich?

**Alfred Hartenbach, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin der Justiz:**

Ein solidarischer Föderalismus bedeutet, dass wir alle füreinander einstehen.

(Heiterkeit bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP – Wilhelm Schmidt [Salzgitter]  
[SPD]: Sehr gut!)

Ansonsten bin ich für Semantik nicht verantwortlich, Frau Löttsch.

**Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:**

Das wird viele trösten.

(Heiterkeit)

Wir kommen nun zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Zur Beantwortung steht der Parlamentarische Staatssekretär Ditmar Staffelt zur Verfügung.